

ab, deren Defizit- und Schuldenwirksamkeit wesentlich durch die noch nicht entschiedene Restrukturierungsform determiniert wird.

Geht man von einer Einstellung des ÜD-Verfahrens aus, so kommen im **Jahr 2014** für Österreich die **Bestimmungen des präventiven Arms** des SWP zum Tragen.⁵ Dieser gibt (sofern nicht Ausnahmeregeln wie z. B. bei Naturkatastrophen oder bei schwerwiegendem Konjunkturabschwung anzuwenden sind) Folgendes vor:

- Den **strukturellen Budgetsaldo** jährlich **um mehr als 0,5% des BIP anzupassen**, solange das mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht wurde und die **Schuldenquote** über dem Referenzwert von 60% des BIP liegt. Ausgehend von einem strukturellen Budgetdefizit von etwa 1,5% des BIP 2013 folgt daraus die **Erreichung des mittelfristigen Budgetziels bereits bis 2015**. Der Termin zur Erreichung des MTO wurde durch den Rat der Europäischen Union im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen im Juni 2013 festgelegt.
- Den jährlichen (realen) **Ausgabenzuwachs des Staates** mit der **mittelfristigen Wachstumsrate des Potenzialoutputs zu beschränken**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Solange das mittelfristige Budgetziel nicht erreicht wird, ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Für Österreich beträgt dieser Abschlag etwa einen Prozentpunkt.
- Die **Staatsschuldenquote zurückzuführen**, sodass sich der **Abstand** zum **Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren (Jahre t-1 bis t-3) oder auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission (No-Policy-Change-Annahmen; Jahre t-1, t und t+1) um durchschnittlich **5% pro Jahr verringert**. Nach Einstellung eines ÜD-Verfahrens besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**, an dessen Ende die Einhaltung der Schuldenregel sichergestellt werden muss.

Die **strikte Anwendung der EU-Fiskalregeln** im Jahr 2014 ergibt für Österreich Folgendes:

- Die erforderliche **strukturelle Anpassung** wird im Jahr **2014** auf Basis der aktuell vorliegenden Berechnungen der Europäischen Kommission (November 2013) **nicht vollständig erreicht**: Der strukturelle Budgetsaldo 2014 bleibt gemäß Europäischer Kommission mit –1,5% des BIP im Vorjahresvergleich nahezu unverändert.
- Der jährliche **reale Ausgabenzuwachs** liegt laut Haushaltspolitik vom Oktober 2013 unter – auf Basis der EK-Stellungnahme über – dem Referenzwert der durchschnittlichen Wachstumsrate des Potenzialoutputs von 0,1%. Nach Analysen des BMF sind die Abweichungen zu den EK-Berechnungen auf divergierende Begriffsinterpretationen („gesetzlich vorgeschriebene Einnahmensteigerungen“) und unterschiedliche Annahmen über Ausgaben für verstaatlichte Banken zurückzuführen. Eine **vertiefende Analyse** seitens der Europäischen Kommission ist diesbezüglich zu erwarten.
- Die **Rückführung der Verschuldungsquote ab 2014** steht im Einklang mit den Vorgaben der Schuldenregel für den dreijährigen Übergangszeitraum.

Zusammenfassend kam die Europäische Kommission zum Schluss, dass die von Österreich vorgelegte Haushaltspolitik **weitgehend den Vorgaben des SWP entspricht**. Die Kommission forderte Österreich jedoch auf, die **vollständige Einhaltung des SWP** im Rahmen des **nationalen Haushaltspolitik** zu **sicherzustellen** und eine aktualisierte Haushaltspolitik für das Jahr 2014 vorzulegen, sobald die neue Regierung im Amt ist.

Gesamteinschätzung: Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen Österreichs ist durch strukturelle Reformen abzusichern

Aus Sicht des Fiskalrates erfordert die Einhaltung des geplanten **Konsolidierungskurses im Sinne des Stabilitätsprogramms 2012 bis 2017** noch Konkretisierungen und eine konsequente Umsetzung geplanter Maßnahmen. Für die Rückführung des **strukturellen Budgetsaldo** um mehr als 0,5% im Jahr 2014 im Vorjahresvergleich, für die **Erreichung des mittelfristigen Budgetziels (MTO)** - eines strukturellen

⁵ Wird das ÜD-Verfahren gegen Österreich nicht eingestellt, sind die Fristen für die notwendige strukturelle Anpassung zu verlängern oder weitere Schritte im ÜD-Verfahren auf Basis Art 126 (7) zu setzen.

Budgetdefizits von höchstens 0,5% des BIP - **bis zum Jahr 2015** und für die Einhaltung der **EU-Fiskalregeln** (Sixpack) in den Folgejahren sind jedenfalls zusätzliche, nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen notwendig.

Aus Sicht des Fiskalrates wäre eine Konsolidierung durch permanent wirkende **strukturelle Maßnahmen** bei gleichzeitiger Forcierung von **Offensivmaßnahmen** machbar und aus ökonomischer Sicht wünschenswert. Es besteht Spielraum, den Ausgabenpfad des Staates spätestens 2015 nachhaltig zu dämpfen (z. B. Abbau von Mehrfachförderungen, Vereinfachungen in der Verwaltung, Kompetenzentflechtung zwischen den Gebietskörperschaften, Lukrieren von Effizienzpotenzialen im Bereich des Gesundheitswesens, im Nahverkehr etc., Forcierung von Kooperationen insbesondere im Sozial- und Gemeindebereich etc.). Im besten Fall würde ein solches **kombiniertes Maßnahmenbündel** auf der Ausgabenseite bereits im Jahr 2014 zu greifen beginnen, den (gegenwärtig) berechneten permanenten Konsolidierungsbedarf decken und mittelfristig Raum für eine Entlastung des Faktors Arbeit entfalten. Veränderte ökonomische sowie sozioökonomische Rahmenbedingungen erfordern u. a. Zusatzausgaben im Bereich Bildung, Kinderbetreuung, Umweltschutz, Wissenschaft und Forschung, die zumindest teilweise durch Strukturreformen in anderen Bereichen zu finanzieren sein werden. Darüber hinaus wären bei einer Steuerreform auch wachstumsfördernde **Strukturreformen** zweckmäßig, die den Faktor Arbeit entlasten.

Die erwartete **konjunkturelle Erholung** ab dem Jahr 2014 wird den budgetären Handlungsspielraum moderat erweitern. Ein zusätzliches reales Wachstum von 1% des BIP reduziert – vor allem infolge von Mehreinnahmen des Staates – ceteris paribus das Budgetdefizit in Österreich in der Größenordnung von 0,5% des BIP (das wären etwa 1,6 Mrd EUR). Ein allfälliger Anstieg des **Potenzialwachstums** (nachhaltige, durchschnittliche Wachstumsrate bei Normalauslastung der Inputfaktoren) in Österreich würde darüber hinaus zusätzlich dazu beitragen, die analytische Kenngröße des „strukturellen Budgetsaldos“ moderat zu verbessern.

Das Konzept der **wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung** auf Bundesebene und insbesondere die wirkungsorientierte Folgenabschätzung bietet ferner das Potenzial, beträchtliche Effizienzpotenziale bei Maßnahmen der Bundesregierung zu identifizieren. In dieser Hinsicht wird empfohlen, das bestehende Modell auf Bundesebene insbesondere in den Bereichen der Erstellung operativer Zielvorgaben und der Erarbeitung methodisch hochentwickelter Instrumente zur Wirkungsmessung weiterzuentwickeln und in vereinfachter Form auch auf Landes- und Gemeindeebene rechtlich zu verankern.

Bei der **mittel- bis langfristigen Budgetentwicklung** ist davon auszugehen, dass der Budgetspielraum durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch **Zusatzausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit** eingeschränkt wird, sodass auch hier Handlungsbedarf in den kommenden Jahren besteht. Die **Kommission zur langfristigen Pensionssicherung** in Österreich hat bei der Sitzung im Oktober des Jahres 2013 festgestellt, dass basierend auf vorliegenden Projektionen mittel- bis langfristig erhebliche Mehraufwendungen bei den **Bundesmitteln** in der gesetzlichen Pensionsversicherung zu erwarten sind (die maximale Belastung liegt bei etwa 6% des BIP im Jahr 2049 bei gegenwärtig etwa 2,8% des BIP). Im Bereich der Beamtenpensionen wird ein Rückgang der Ausgaben von 3,5% des BIP (2011) auf ungefähr 1,4% des BIP (2050) erwartet (Langfristige Budgetprognose gemäß §15 (2) BHG 2013). Maßnahmen, die die Nachhaltigkeit des Pensionssystems sichern, werden daher erforderlich sein. Eine rechtzeitige Klarstellung der zukünftigen Regelungen im Pflege- und Pensionsbereich stärkt nicht nur die Glaubwürdigkeit einer nachhaltig stabilen Budgetpolitik Österreichs, sondern ermöglicht auch der Bevölkerung, sich an die veränderten Gegebenheiten anzupassen. Ohne mittelfristige Strukturmaßnahmen bei demografieabhängigen Ausgaben werden wichtige Ausgaben zur Stärkung des Wachstumspotenzials in Österreich (z. B. Investitionen in Forschung und Entwicklung und in die Infrastruktur) unter Druck geraten.

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT

Öffentlicher Budgetsaldo nach Sektoren

Jahre	Öffentlicher Budgetsaldo ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
2000	-3 521	-1,7	282	0,1	-260	-0,1	-3.499	-1,7
2001	-1.551	-0,7	1.442	0,7	4	0,0	-105	0,0
2002	-2.564	-1,2	1.086	0,5	-86	0,0	-1.565	-0,7
2003	-3.651	-1,6	390	0,2	-129	-0,1	-3.390	-1,5
2004	-10.716	-4,6	477	0,2	-201	-0,1	-10.440	-4,4
2005	-4.544	-1,9	442	0,2	-60	0,0	-4.162	-1,7
2006	-3.769	-1,5	-234	-0,1	-3	0,0	-4.006	-1,5
2007	-2.437	-0,9	319	0,1	-254	-0,1	-2.372	-0,9
2008	-3.025	-1,1	244	0,1	147	0,1	-2.635	-0,9
2009	-8.767	-3,2	-2.765	-1,0	202	0,1	-11.330	-4,1
2010	-9.921	-3,5	-3.498	-1,2	553	0,2	-12.866	-4,5
2011	-7.137	-2,4	-823	-0,3	613	0,2	-7.347	-2,5
2012	-8.034	-2,6	-374	-0,1	542	0,2	-7.866	-2,6
2013 ²⁾	-4.905	-1,6	-173	-0,1	303	0,1	-4.776	-1,5
2014 ³⁾	-8.617	-2,7	-315	-0,1	235	0,1	-8.697	-2,7

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps)), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2014).

Quelle: Statistik Austria, BMF und WIFO (BIP; Stand: März 2014).

Öffentliche Verschuldung nach Sektoren

Jahre	Öffentliche Verschuldung ¹⁾							
	Bundessektor ²⁾		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
2000	126.723	60,8	10.392	5,0	880	0,4	137.995	66,2
2001	129.754	60,6	12.330	5,8	1.029	0,5	143.114	66,8
2002	134.266	60,9	10.474	4,7	1.280	0,6	146.020	66,2
2003	135.782	60,3	9.969	4,4	1.109	0,5	146.859	65,3
2004	139.614	59,5	10.854	4,6	1.402	0,6	151.870	64,7
2005	143.381	58,5	12.281	5,0	1.767	0,7	157.429	64,2
2006	146.146	56,4	13.386	5,2	1.861	0,7	161.393	62,3
2007	149.242	54,5	14.430	5,3	1.352	0,5	165.024	60,2
2008	162.782	57,6	15.977	5,7	1.716	0,6	180.475	63,8
2009	168.974	61,2	19.542	7,1	2.554	0,9	191.069	69,2
2010	179.302	62,9	25.356	8,9	1.951	0,7	206.610	72,5
2011	189.061	63,2	27.774	9,3	1.796	0,6	218.631	73,1
2012	198.784	64,7	27.923	9,1	1.716	0,6	228.422	74,4
2013 ³⁾	204.740	65,4	26.882	8,6	1.681	0,5	233.303	74,5
2014 ⁴⁾	256.800	79,2

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Seit 1998 inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

3) Vorläufige Daten.

4) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2014).

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO (BIP; Stand: März 2014).

A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT (Fortsetzung)

Budgetsaldo, Zinsaufwand, Primärsaldo und struktureller Budgetsaldo des Staates

Jahre	Budgetsaldo ¹⁾		Zinsaufwand ¹⁾		Primärsaldo ¹⁾		Struktureller Budgetsaldo laut WIFO		laut EK	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP
2000	-3.499	-1,7	7.173	3,4	3.674	1,8
2001	-105	0,0	7.218	3,4	7.113	3,3
2002	-1.565	-0,7	6.898	3,1	5.333	2,4
2003	-3.390	-1,5	6.594	2,9	3.204	1,4	.	.	-0,9	.
2004	-10.440	-4,4	6.653	2,8	-3.787	-1,6	.	.	-0,7	.
2005	-4.162	-1,7	7.062	2,9	2.900	1,2	.	.	-1,3	.
2006	-4.006	-1,5	7.095	2,7	3.089	1,2	.	.	-1,8	.
2007	-2.372	-0,9	7.524	2,7	5.152	1,9	.	.	-1,9	.
2008	-2.635	-0,9	7.315	2,6	4.680	1,7	.	.	-1,9	.
2009	-11.330	-4,1	7.647	2,8	-3.683	-1,3	-2,8	-2,7	-2,7	.
2010	-12.866	-4,5	7.607	2,7	-5.259	-1,8	-3,2	-3,2	-3,2	.
2011	-7.347	-2,5	7.841	2,6	494	0,2	-2,4	-2,2	-2,2	.
2012	-7.866	-2,6	7.987	2,6	121	0,0	-1,8	-1,6	-1,6	.
2013 ³⁾	-4.776	-1,5	7.996	2,6	3.221	1,0	-1,3	-1,1	-1,1	.
2014 ⁴⁾	-8.697	-2,7	8.290	2,6	-407	-0,1	-1,2	-1,2	-1,2	.

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps)). 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2014).

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO (BIP; Stand: März 2014) und Europäische Kommission (Mai 2014).

Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates

Jahre	Gesamtausgaben ^{1) 2)}		Gesamteinnahmen ¹⁾		Abgaben laut STAT ³⁾		Abgaben laut EK ⁴⁾	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP
2000	108.287	51,9	104.443	50,1	89.733	43,0	45,1	.
2001	109.874	51,3	109.463	51,1	96.175	44,9	46,8	.
2002	111.751	50,7	109.745	49,8	96.146	43,6	45,3	.
2003	115.470	51,3	111.746	49,7	97.732	43,4	45,2	.
2004	126.173	53,8	115.455	49,2	100.914	43,0	44,6	.
2005	122.585	50,0	118.165	48,2	103.144	42,1	43,6	.
2006	127.293	49,1	122.955	47,5	107.405	41,5	43,0	.
2007	133.180	48,6	130.456	47,6	114.265	41,7	43,2	.
2008	139.494	49,3	136.656	48,3	120.667	42,7	44,2	.
2009	145.333	52,6	133.942	48,5	117.051	42,4	44,1	.
2010	150.593	52,8	137.765	48,3	120.102	42,1	43,8	.
2011	151.881	50,8	144.579	48,3	126.423	42,2	43,9	.
2012	158.567	51,6	150.648	49,1	131.942	43,0	44,6	.
2013 ⁵⁾	160.466	51,2	155.721	49,7	136.951	43,7	45,3	.
2014 ⁶⁾	170.499	52,6	160.450	49,5	141.002	43,5	45,2	.

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00: Zinsaufwand ohne Berücksichtigung von Derivaten (Swaps).

2) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (nur Pflichtbeiträge; ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91-D995) einschließlich EU-Eigenmittel.

4) Steuereinnahmen des Staates inklusive tatsächlich gezahlte und imputierte Sozialversicherungsbeiträge, einschließlich EU-Eigenmittel.

5) Vorläufige Daten.

6) Österreichisches Stabilitätsprogramm (Schätzung: BMF vom April 2014).

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO (BIP; Stand: März 2014) und Europäische Kommission (Mai 2014).

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD¹⁾ UND NETTODEFIZIT DES BUNDES

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschuld ²⁾		FW-Schuld ³⁾		Gesamt		Euroschuld ²⁾	FW-Schuld ³⁾	Gesamt	Finanzschuld	Netto-defizit
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR		
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1 486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,5	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,5	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,3	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	23,6	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	24,9	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	26,4	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	28,4	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	32,5	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	34,9	4,4
1985	4 075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	37,0	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	41,2	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	44,9	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	45,8	4,1
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	45,9	3,6
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,0	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	46,7	3,1
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	46,8	3,1
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	50,6	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,3	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	55,8	4,9
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	56,2	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,2	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	58,2	2,5
1998 ⁴⁾							97.939	13.664	111.603	58,2	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	59,2	2,5
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	57,9	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	56,7	0,7
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	56,2	1,1
2003	4.730	4,4	-1.806	-11,5	2.924	2,4	112.979	13.899	126.878	56,4	1,6
2004	9.460	8,4	-787	-5,7	8.673	6,8	122.439	13.112	135.550	57,8	2,0
2005	7.256	5,9	-1.477	-11,3	5.779	4,3	129.694	11.635	141.329	57,6	1,9
2006	7.252	5,6	-3.316	-28,5	3.936	2,8	136.946	8.319	145.265	56,1	1,7
2007	3.136	2,3	-1.025	-12,3	2.111	1,5	140.082	7.294	147.376	53,8	1,0
2008	14.019	10,0	576	7,9	14.595	9,9	154.102	7.869	161.971	57,3	3,4
2009	9.521	6,2	-2.777	-35,3	6.744	4,2	163.623	5.092	168.715	61,1	2,6
2010	9.291	5,7	-1.236	-24,3	8.055	4,8	172.914	3.856	176.770	62,0	2,8
2011	7.637	4,4	-1.232	-31,9	6.405	3,6	180.551	2.624	183.176	61,2	1,5
2012	8.999	5,0	-2.624	-100,0	6.375	3,5	189.550	-	189.550	61,7	2,3
2013	4.392	2,3	-	-	4.392	2,3	193.942	-	193.942	61,9	1,3

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden, Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

4) Rückrechnung.

A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

Aufwand für die Finanzschuld¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Euroschrift ²⁾					Aufwand für die Fremdwährungsschrift				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand ³⁾	Summe	Tilgung	Summe Euroschrift	Zinsen	Sonstiger Aufwand ³⁾	Summe	Tilgung	Summe FW-Schrift
1970	426	150
1971	469	206
1972	525	172
1973	578	95
1974	615	165
1975	805	168
1976	1.102	334
1977	1.336	316
1978	676	44	720	1.052	1.772	261	22	282	93	376
1979	790	42	832	1.021	1.854	299	12	311	286	597
1980	920	41	961	1.073	2.034	319	15	333	248	581
1981	1.077	36	1.113	1.544	2.658	383	13	395	212	607
1982	1.310	46	1.355	1.506	2.862	488	23	511	326	837
1983	1.411	62	1.473	1.473	2.946	502	16	518	383	901
1984	1.799	68	1.867	1.610	3.477	564	22	586	775	1.362
1985	2.129	56	2.184	1.552	3.736	537	40	577	749	1.326
1986	2.418	34	2.452	1.491	3.943	534	72	606	952	1.559
1987	2.873	61	2.934	1.724	4.658	553	32	585	827	1.412
1988	3.133	55	3.188	1.936	5.124	520	51	571	918	1.489
1989	3.315	63	3.378	2.005	5.383	551	30	580	517	1.097
1990	3.717	73	3.790	1.708	5.498	588	26	614	685	1.298
1991	4.189	91	4.280	2.137	6.417	640	26	666	239	905
1992	4.546	84	4.630	2.360	6.989	684	37	721	708	1.429
1993	4.718	21	4.739	2.639	7.377	747	27	773	1.348	2.121
1994	4.596	121	4.717	3.989	8.707	880	32	912	886	1.798
1995	4.873	116	4.988	6.864	11.852	1.073	48	1.121	1.753	2.874
1996	5.235	140	5.375	6.210	11.585	1.023	36	1.059	1.610	2.669
1997	5.282	49	5.331	5.621	10.952	1.099	18	1.117	1.360	2.478
1998	5.423	-105	5.318	9.252	14.571	1.126	-190	936	1.743	2.679
1999	6.034	0	6.034	11.126	17.160	607	4	612	433	1.045
2000	6.025	211	6.237	11.312	17.548	736	20	756	2.008	2.764
2001	5.911	-88	5.823	9.706	15.529	649	-9	640	1.650	2.291
2002	6.044	-32	6.012	12.459	18.471	533	24	557	1.975	2.532
2003	5.782	-54	5.729	14.697	20.425	520	8	527	1.572	2.099
2004	5.930	-31	5.900	13.203	19.103	432	-100	332	1.853	2.185
2005	6.385	-200	6.185	18.117	24.303	404	-123	281	1.444	1.725
2006	6.585	156	6.741	15.584	22.325	336	-230	105	2.492	2.597
2007	6.407	545	6.952	18.971	25.923	235	-431	-195	964	768
2008	6.394	63	6.457	9.731	16.188	238	7	246	690	936
2009	6.497	-25	6.472	22.276	28.748	252	-5	246	2.988	3.234
2010	6.787	-1.209	5.578	15.638	21.216	151	0	151	1.788	1.939
2011	7.077	-398	6.679	13.884	20.563	125	1	126	696	822
2012	7.428	-918	6.510	17.410	23.920	105	0	105	1.891	1.996
2013	7.303	-907	6.397	22.779	29.176	0	0	0	0	0
2014 ⁴⁾	7.320	-427	6.893	24.537	31.430	0	1	1	0	1
2015 ⁴⁾	7.061	-520	6.542	19.357	25.899	0	1	1	0	1

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998. Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

2) Bis Ende 1998 Aufwand für die Schillingschuld.

3) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

4) Bundesvoranschlag (Finanzierungsvoranschlag).

A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

(Fortsetzung)

Aufwand für die Finanzschuld¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Finanzschuld insgesamt				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand ²⁾	Summe	Tilgung	Gesamt
1970	198	16	214	362	576
1971	213	22	235	440	675
1972	218	24	242	454	696
1973	235	26	261	412	673
1974	265	15	280	500	780
1975	343	85	428	545	973
1976	572	84	656	780	1.436
1977	717	64	781	871	1.652
1978	937	65	1.002	1.146	2.148
1979	1.089	55	1.144	1.307	2.451
1980	1.239	56	1.294	1.321	2.615
1981	1.460	49	1.509	1.756	3.265
1982	1.798	69	1.867	1.832	3.699
1983	1.913	78	1.991	1.857	3.848
1984	2.363	90	2.453	2.386	4.839
1985	2.666	96	2.761	2.301	5.062
1986	2.952	106	3.058	2.444	5.502
1987	3.427	93	3.519	2.551	6.070
1988	3.653	107	3.760	2.853	6.613
1989	3.865	93	3.958	2.522	6.480
1990	4.305	99	4.404	2.392	6.796
1991	4.829	117	4.946	2.376	7.322
1992	5.230	121	5.351	3.068	8.418
1993	5.464	48	5.512	3.986	9.498
1994	5.476	153	5.629	4.875	10.504
1995	5.946	164	6.109	8.617	14.726
1996	6.259	175	6.434	7.820	14.254
1997	6.381	67	6.448	6.982	13.430
1998	6.549	-295	6.254	10.995	17.249
1999	6.641	4	6.646	11.559	18.205
2000	6.761	231	6.993	13.320	20.313
2001	6.560	-96	6.463	11.357	17.820
2002	6.577	-9	6.569	14.435	21.003
2003	6.302	-46	6.256	16.269	22.525
2004	6.362	-131	6.231	15.056	21.288
2005	6.789	-323	6.466	19.561	26.027
2006	6.920	-75	6.846	18.076	24.922
2007	6.642	114	6.757	19.935	26.691
2008	6.632	70	6.702	10.421	17.123
2009	6.749	-30	6.718	25.264	31.983
2010	6.938	-1.209	5.729	17.426	23.155
2011	7.202	-397	6.805	14.580	21.385
2012	7.533	-917	6.615	19.301	25.916
2013	7.303	-907	6.397	22.779	29.176
2014 ⁴⁾	7.320	-426	6.894	24.537	31.432
2015 ⁴⁾	7.061	-518	6.543	19.357	25.900

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien

2) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

3) Bundesvoranschlag (Finanzierungsvoranschlag).

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Euroschuld ²⁾									Summe Euroschuld	
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild						
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonst. Kredite	Noten- bank- schuld	Summe		
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702	
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586	
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950	
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119	
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496	
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570	
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	35.774	
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626	
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.757	
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006	
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779	
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360	
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581	
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	65.052	
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	70.104	
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	76.400	
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	60.001	
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908	85.100	
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	83.734	
1998 ³⁾	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	97.939	
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	101.196	
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	103.984	
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	105.220	
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146	108.248	
2003	96.744	835	608	98.187	6.863	6.802	1.127	-	14.792	112.979	
2004	104.647	1.718	692	107.057	6.065	8.541	776	-	15.382	122.439	
2005	108.813	3.336	264	112.412	4.919	11.938	426	-	17.282	129.694	
2006	115.711	5.441	256	121.407	3.134	12.357	48	-	15.539	136.946	
2007	121.478	4.357	639	126.475	2.099	11.508	1	-	13.608	140.082	
2008	129.339	3.607	8.198	141.144	1.828	10.921	208	-	12.958	154.102	
2009	140.922	2.648	6.016	149.587	1.626	12.346	65	-	14.037	163.623	
2010	152.323	2.503	4.274	159.100	1.197	12.612	5	-	13.815	172.914	
2011	160.194	2.203	3.894	166.291	1.026	13.180	55	-	14.261	180.551	
2012	168.367	1.953	4.796	175.116	961	13.464	10	-	14.434	189.550	
2013	173.212	1.618	5.151	179.982	912	13.038	10	-	13.960	193.942	

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Bereinigte Finanzschuld nach Schuldfomren¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			un- bereinigt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe				in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.469	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.065	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	-	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	-	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	-	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 ³⁾	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	128.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
2002	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187
2003	12.414	715	13.129	770	13.899	126.878	9.043	30	9.073	135.951
2004	11.908	703	12.611	501	13.112	135.560	9.309	29	9.338	144.889
2005	10.572	703	11.275	360	11.635	141.329	9.976	-	9.976	151.305
2006	7.678	385	8.064	255	8.319	145.285	10.020	-	10.020	155.285
2007	6.806	367	7.173	121	7.294	147.376	9.924	-	9.924	157.301
2008	7.231	480	7.711	159	7.869	161.971	5.952	-	5.952	167.923
2009	4.638	454	5.092	-	6.092	168.715	9.362	-	9.362	178.077
2010	3.580	276	3.856	-	3.856	176.770	9.972	-	9.972	186.742
2011	2.525	100	2.624	-	2.624	183.176	10.435	-	10.435	193.610
2012	-	-	-	-	-	189.550	12.121	-	12.121	201.671
2013	-	-	-	-	-	193.942	13.691	-	13.691	207.633

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahreszeitmos.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschuld ²⁾									Summe Euroschuld	
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld						
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	Summe		
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2	
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0	
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3	
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8	
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7	
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4	
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8	
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1	
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5	
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3	
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3	
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2	
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6	
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	80,8	
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	78,7	
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	78,3	
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	78,8	
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	79,3	
1998	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	75,0	
1998 ³⁾	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	87,8	
1999	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	85,8	
2000	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	86,1	
2001	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	86,7	
2002	73,0	0,8	0,5	74,3	6,1	6,0	0,9	-	13,0	87,3	
2003	76,2	0,7	0,5	77,4	5,4	5,4	0,9	-	11,7	89,0	
2004	77,2	1,3	0,5	79,0	4,5	6,3	0,6	-	11,3	90,3	
2005	77,0	2,4	0,2	79,5	3,5	8,4	0,3	-	12,2	91,8	
2006	79,7	3,7	0,2	83,6	2,2	8,5	0,0	-	10,7	94,3	
2007	82,4	3,0	0,4	85,8	1,4	7,8	0,0	-	9,2	95,1	
2008	79,9	2,2	5,1	87,1	1,1	6,7	0,1	-	8,0	95,1	
2009	83,5	1,6	3,6	88,7	1,0	7,3	0,0	-	8,3	97,0	
2010	86,2	1,4	2,4	90,0	0,7	7,1	0,0	-	7,8	97,8	
2011	87,5	1,2	2,1	90,8	0,6	7,2	0,0	-	7,8	98,8	
2012	88,8	1,0	2,5	92,4	0,5	7,1	0,0	-	7,6	100,0	
2013	89,3	0,8	2,7	92,8	0,5	6,7	0,0	-	7,2	100,0	

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,3	100,0
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	21,7	100,0
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	21,2	100,0
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	20,7	100,0
1998	21,7	2,0	23,7	1,3	25,0	100,0
1998 ³⁾	10,7	0,6	11,4	0,9	12,2	100,0
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	14,2	100,0
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	13,9	100,0
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	13,3	100,0
2002	11,3	0,6	11,9	0,8	12,7	100,0
2003	9,8	0,6	10,3	0,6	11,0	100,0
2004	8,8	0,5	9,3	0,4	9,7	100,0
2005	7,5	0,5	8,0	0,3	8,2	100,0
2006	5,3	0,3	5,6	0,2	5,7	100,0
2007	4,6	0,2	4,9	0,1	4,9	100,0
2008	4,5	0,3	4,8	0,1	4,9	100,0
2009	2,7	0,3	3,0	-	3,0	100,0
2010	2,0	0,2	2,2	-	2,2	100,0
2011	1,4	0,1	1,4	-	1,4	100,0
2012	-	-	-	-	-	100,0
2013	-	-	-	-	-	100,0

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Euroschild ²⁾								
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild				Summe Euroschild
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5 5,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3 5,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6 5,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5 5,4
1998 ³⁾	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9 5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4 6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8 5,9
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1 5,7
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5 5,6
2003	6,5	8,8	7,0	6,5	3,2	5,4	1,2	-	4,1 6,2
2004	6,8	7,5	5,8	6,8	2,6	7,9	1,1	-	5,5 6,7
2005	7,3	10,0	12,5	7,4	2,3	15,5	0,8	-	11,4 7,9
2006	7,6	6,1	25,5	7,6	2,5	17,9	0,6	-	14,7 8,4
2007	8,6	6,6	24,5	8,6	2,6	19,5	2,3	-	16,9 9,4
2008	7,9	7,1	6,3	7,8	4,5	20,2	0,1	-	17,7 8,8
2009	7,8	8,4	4,3	7,7	7,8	19,7	0,2	-	18,2 8,6
2010	7,6	7,6	4,4	7,5	9,6	19,5	0,4	-	18,6 8,4
2011	7,4	7,5	4,5	7,3	10,9	19,7	0,1	-	19,0 8,2
2012	7,9	7,4	3,0	7,7	10,6	18,5	10,0	-	17,9 8,5
2013	8,1	7,9	2,8	7,9	9,8	18,5	9,2	-	18,0 8,6

Durchschnitl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschild ²⁾								
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild				Summe Euroschild
	Anleihen	Bundes- obligationen	Bundes- schatz- scheine	Summe	Versiche- rungs- darlehen	Banken- darlehen	Sonstige Kredite	Noten- bank- schuld	
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3 6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9 6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6 6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4 6,1
1998 ³⁾	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4 5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4 5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5 5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4 5,5
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1 5,3
2003	4,9	6,4	2,2	4,9	6,6	5,8	2,2	-	5,9 5,1
2004	4,9	4,8	2,5	4,8	6,7	5,5	2,2	-	5,8 5,0
2005	4,7	4,1	2,2	4,7	6,7	4,7	2,5	-	5,2 4,8
2006	4,6	3,2	3,2	4,5	6,7	4,5	3,4	-	4,9 4,5
2007	4,4	3,7	4,2	4,4	6,6	4,4	2,4	-	4,7 4,4
2008	4,4	3,7	2,8	4,3	6,3	4,2	1,8	-	4,5 4,3
2009	4,3	3,9	1,0	4,2	5,5	4,1	0,9	-	4,3 4,2
2010	4,2	3,9	0,8	4,1	5,0	4,1	0,7	-	4,1 4,1
2011	4,1	3,7	1,3	4,1	4,5	4,0	0,5	-	4,1 4,1
2012	4,0	3,7	0,1	3,9	4,4	3,8	2,6	-	3,9 3,9
2013	3,8	3,7	0,1	3,7	4,4	3,9	2,5	-	3,9 3,7

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldfomren¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Anteihen	Schuld-verschrei-bungen	Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 ³⁾	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5
2003	4,2	5,4	4,3	2,7	4,2	5,9
2004	4,1	4,3	4,1	2,7	4,0	6,4
2005	3,6	3,3	3,5	2,7	3,5	7,6
2006	3,6	4,2	3,6	2,3	3,5	8,1
2007	2,8	3,2	2,9	3,6	2,9	9,1
2008	2,2	2,2	2,2	0,1	2,1	8,3
2009	2,6	1,2	2,5	-	2,5	8,4
2010	2,7	0,7	2,5	-	2,5	8,3
2011	1,6	0,7	1,5	-	1,5	8,1
2012	-	-	-	-	-	8,5
2013	-	-	-	-	-	8,6

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldfomren¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Anteihen	Schuld-verschrei-bungen	Summe	Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 ³⁾	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0
2003	2,9	1,6	2,8	2,8	2,8	4,8
2004	2,8	2,6	2,8	4,4	2,8	4,8
2005	2,6	2,8	2,6	4,2	2,6	4,6
2006	2,5	2,5	2,5	4,3	2,6	4,4
2007	2,5	2,5	2,5	3,8	2,5	4,3
2008	2,6	2,6	2,6	3,8	2,7	4,2
2009	2,6	2,6	2,6	-	2,6	4,1
2010	3,1	3,3	3,1	-	3,1	4,1
2011	3,2	3,2	3,2	-	3,2	4,1
2012	-	-	-	-	-	3,9
2013	-	-	-	-	-	3,7

1) Unter Berücksichtigung von Derivaten (Swaps) seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie von Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	U S D		D E M		C H F		N L G		J P Y		F R F		X E U		B E F	
	in Mio EUR	%-Anteil														
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	64	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998 ²⁾	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1999	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	8.341	60,0	-	-	5.558	40,0	-	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	7.800	59,5	-	-	5.312	40,5	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	7.196	61,8	-	-	4.439	38,2	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	4.737	56,9	-	-	3.581	43,1	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	4.225	57,9	-	-	3.069	42,1	-	-	-	-	-	-
2008	-	-	-	-	4.546	57,8	-	-	3.323	42,2	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2010	-	-	-	-	2.476	64,2	-	-	1.380	35,8	-	-	-	-	-	-
2011	-	-	-	-	2.155	82,1	-	-	470	17,9	-	-	-	-	-	-
2012	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2013	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkatoren sowie von Derivaten (Swaps) seit 1982.

2) Rückrechnung.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio Fremdwährung)

2 0 0 4	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	10.033,2	4.273,1	1.163,5	3.109,6	31,0	13.142,8
CHF	4.800,0	400,0	0,0	400,0	8,3	5.200,0
JPY	381.300,0	0,0	97.000,0	-97.000,0	-25,4	284.300,0
GBP	450,0	100,6	450,0	-349,4	-77,6	100,6
CAD	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
AUD	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
ZAR	300,0	400,0	0,0	400,0	133,3	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	13.000,0	21.000,0	0,0	21.000,0	161,5	34.000,0
SKK	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
BRL	0,0	1.213,8	0,0	1.213,8	.	1.213,8

2 0 0 5	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.142,8	1.915,4	1.263,5	651,9	5,0	13.794,7
CHF	5.200,0	0,0	600,0	-600,0	-11,5	4.600,0
JPY	284.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-28,1	204.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	400,0	548,4	298,4	250,0	62,5	650,0
AUD	500,0	100,0	0,0	100,0	20,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	34.000,0	4.000,0	0,0	4.000,0	11,8	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.213,8	1.012,5	416,9	595,6	49,1	1.809,4
TRY	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
ISK	0,0	20.000,0	0,0	20.000,0	.	20.000,0
NZD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
MXN	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0

2 0 0 6	Stand Jahresbeginn ²⁾	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.794,7	3.577,0	2.890,2	686,8	5,0	14.481,5
CHF	4.600,0	0,0	2.550,0	-2.550,0	-55,4	2.050,0
JPY	204.300,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-4,9	194.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	300,0	-300,0	-42,9	400,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	38.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.809,4	1.574,8	150,5	1.424,3	78,7	3.233,7
TRY	300,0	525,0	150,0	375,0	125,0	675,0
ISK	20.000,0	3.000,0	20.000,0	-17.000,0	-85,0	3.000,0
NZD	250,0	70,0	0,0	70,0	28,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkatoren.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio FW)

2 0 0 7	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
USD	14.481,5	1.983,2	3.346,0	-1.362,8	-9,4	13.118,7
CHF	2.050,0	0,0	200,0	-200,0	-9,8	1.850,0
JPY	194.300,0	0,0	55.000,0	-55.000,0	-28,3	139.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
NOK	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
HUF	38.000,0	0,0	38.000,0	-38.000,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	3.233,7	450,3	1.573,2	-1.122,9	-34,7	2.110,8
TRY	675,0	1.219,5	325,0	894,5	132,5	1.569,5
ISK	3.000,0	26.500,0	0,0	26.500,0	883,3	29.500,0
NZD	320,0	0,0	0,0	0,0	0,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

2 0 0 8	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
USD	13.118,7	7.334,6	1.783,2	5.551,4	42,3	18.670,1
CHF	1.850,0	315,0	0,0	315,0	17,0	2.165,0
JPY	139.300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	139.300,0
GBP	100,6	152,0	0,0	152,0	151,1	252,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	2.110,8	0,0	1.722,2	-1.722,2	-81,6	388,6
TRY	1.569,5	1.514,3	542,8	971,5	61,9	2.541,1
ISK	29.500,0	0,0	29.500,0	-29.500,0	-100,0	0,0
NZD	320,0	0,0	320,0	-320,0	-100,0	0,0
MXN	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
RON	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

2 0 0 9	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
USD	18.670,1	4.456,7	7.440,7	-2.984,0	-16,0	15.686,1
CHF	2.165,0	613,0	1.165,0	-552,0	-25,5	1.613,0
JPY	139.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-57,4	59.300,0
GBP	252,6	1.550,0	152,0	1.398,0	553,4	1.650,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	2.541,1	0,0	2.312,8	-2.312,8	-91,0	228,3

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkatoren.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)

Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen¹⁾ (in Mio FW)

2 0 1 0	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	15.686,1	2.733,5	5.056,7	-2.323,2	-14,8	13.362,9
CHF	1.613,0	219,0	13,0	206,0	12,8	1.819,0
JPY	59.300,0	0,0	16.000,0	-16.000,0	-27,0	43.300,0
GBP	1.650,6	0,0	1.550,0	-1.550,0	-93,9	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	16,0	0,0	16,0	2,7	616,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	228,3	0,0	178,3	-178,3	-78,1	50,0

2 0 1 1	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.362,9	3.325,0	4.912,9	-1.587,9	-11,9	11.775,0
CHF	1.819,0	0,0	219,0	-219,0	-12,0	1.600,0
JPY	43.300,0	0,0	21.300,0	-21.300,0	-49,2	22.000,0
GBP	100,6	430,0	0,0	430,0	427,4	530,6
CAD	650,0	0,0	100,0	-100,0	-15,4	550,0
AUD	616,0	0,0	16,0	-16,0	-2,6	600,0
BRL	388,6	0,0	388,6	-388,6	-100,0	0,0
TRY	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0
NOK	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0	.	2.000,0

2 0 1 2	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	11.775,0	4.685,0	5.925,0	-1.240,0	-10,5	10.535,0
CHF	1.600,0	0,0	1.000,0	-1.000,0	-62,5	600,0
JPY	22.000,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-45,5	12.000,0
GBP	530,6	120,0	530,6	-410,6	-77,4	120,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
AUD	611,0	11,0	0,0	11,0	1,8	611,0
TRY	50,0	0,0	50,0	-50,0	-100,0	0,0
NOK	2.000,0	500,0	0,0	500,0	25,0	2.500,0

2 0 1 3	Stand	Zugang ³⁾	Abgang ³⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾			in Mio FW	in %	Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	10.535,0	4.550,0	8.235,0	-3.685,0	-35,0	6.850,0
CHF	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
JPY	12.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12.000,0
GBP	120,0	0,0	120,0	-120,0	-100,0	0,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
AUD	611,0	100,0	11,0	89,0	14,6	700,0
NOK	2.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.500,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Konversionen.

A 7 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN¹⁾ VON UNTERNEHMEN ÖFFENTLICHER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

in Mrd EUR	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ²⁾
Unternehmen des Bundes³⁾							
ASFINAG	9,2	8,4	8,8	10,0	8,7	8,3	9,0
BIG	3,3	3,1	2,7	3,0	3,3	3,6	3,0
MUQUA	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
ÖBB	9,3	11,1	12,5	14,4	16,9	17,3	18,3
davon ÖBB-Infrastruktur	8,0	9,2	10,8	12,7	14,4	14,7	15,9
ÖIAG	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,1
SCHIG	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Summe	22,1	22,8	24,1	27,6	29,2	29,3	30,4
davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten ⁴⁾	3,6	4,3	5,0	6,0	7,0	7,5	8,5
Krankenanstaltenbetriebsgesell. der Länder⁵⁾							
GESPAG	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
KABEG	0,8	1,0	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
KAGes	0,0	0,0	0,7	1,2	1,2	1,2	1,2
KRAGES	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
TILAK	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	1,0	1,3	2,2	2,9	2,9	2,9	2,9
davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten	1,0	1,3	2,2	2,9	2,9	2,9	2,9
Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden⁶⁾							
Gemeindeverbände ⁷⁾	2,1	2,1	-	-	-	-	-
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	7,8	7,9	7,9	7,9	7,8	7,6	7,6
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Wiener Wohnen	2,1	2,3	2,3	2,4	2,6	2,7	2,9
Wien Kanal	-	-	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Wiener Krankenanstaltenverbund	-	-	-	0,3	0,3	0,3	0,4
Summe⁷⁾	12,2	12,6	10,3	10,8	10,8	10,7	10,9
davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten	-	-	-	0,3	0,3	0,3	0,4
Insgesamt⁷⁾	35,4	36,6	36,6	41,2	42,9	42,9	44,2
davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten	4,7	5,6	7,2	9,2	10,3	10,8	11,8

Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
GESPAG	Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG
KABEG	Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft
KAGes	Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
KRAGES	Burgenländische Krankenanstaltengesellschaft mbH
MUQUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.
TILAK	Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

1) Kapitalmarktfinanzierungen mit einer originären Laufzeit von über einem Jahr (Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen).

2) Vorläufige Daten.

3) Selbstständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) V. a. dem Bund zugerechnete Schulden der ÖBB-Infrastruktur, aber auch Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG i. d. j. F.).

5) Betriebsgesellschaften mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

6) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenhaushalte (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie Gemeindeverbände (v. a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

7) Zeitreihenbruch: Daten zu den Gemeindeverbänden sind seit 2009 nicht mehr verfügbar.

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmen und Statistik Austria.

A 8 FINANZSCHULD DER LÄNDER¹⁾

Stand der Finanzschuld der Länder (in Mio EUR)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	208,4	207,9	207,8	206,8	206,8	206,8	206,8	231,5	251,5	265,5
Kärnten	521,4	586,6	680,1	724,2	867,7	990,0	1.159,0	1.341,4	1.506,1	1.542,5
Niederösterreich	1.030,8	1.380,4	1.680,2	2.042,8	2.271,4	2.557,2	3.271,0	4.135,8	3.647,2	3.503,8
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	92,0	165,4	222,0	321,0
Salzburg	339,1	346,1	378,0	401,3	406,8	521,2	550,3	777,9	2.129,3	2.456,5
Steiermark	367,3	367,3	442,3	442,3	442,3	442,3	988,4	1.343,5	1.595,9	1.560,7
Tirol	16,0	57,3	106,3	132,2	176,2	168,0	174,5	234,0	266,1	221,0
Vorarlberg	77,4	73,9	73,9	83,9	78,2	72,7	72,7	95,8	113,1	112,1
Wien ²⁾	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5	4.027,4	4.349,7
Summe Bundesländer	4.127,0	4.585,0	5.114,9	5.507,0	5.844,0	6.418,4	8.388,8	11.395,7	13.758,5	14.332,8

Stand der Finanzschuld der Länder (%-Anteile)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	5,0	4,5	4,1	3,8	3,5	3,2	2,5	2,0	1,8	1,9
Kärnten	12,6	12,8	13,3	13,2	14,8	15,4	13,8	11,8	10,9	10,8
Niederösterreich	25,0	30,1	32,8	37,1	38,9	39,8	39,0	36,3	26,5	24,4
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	1,1	1,5	1,6	2,2
Salzburg	8,2	7,5	7,4	7,3	7,0	8,1	6,6	6,8	15,5	17,1
Steiermark	8,9	8,0	8,6	8,0	7,6	6,9	11,8	11,8	11,6	10,9
Tirol	0,4	1,2	2,1	2,4	3,0	2,6	2,1	2,1	1,9	1,5
Vorarlberg	1,9	1,6	1,4	1,5	1,3	1,1	0,9	0,8	0,8	0,8
Wien ²⁾	38,0	34,1	30,2	26,8	23,9	22,7	22,3	26,9	29,3	30,3
Summe Bundesländer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Veränderung der Finanzschuld der Länder zum Vorjahr (in %)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	-0,4	-0,2	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	11,9	8,6	5,6
Kärnten	28,6	12,5	15,9	6,5	19,8	14,1	17,1	15,7	12,3	2,4
Niederösterreich	8,5	33,9	21,7	21,6	11,2	12,6	27,9	26,4	-11,8	-3,9
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	-	79,8	34,2	44,6
Salzburg	-2,3	2,1	9,2	6,2	1,4	28,1	5,6	41,3	173,7	15,4
Steiermark	-43,7	0,0	20,4	0,0	0,0	0,0	123,5	35,9	18,8	-2,2
Tirol	-81,9	258,8	85,5	24,4	33,3	-4,7	3,9	34,1	13,7	-16,9
Vorarlberg	-5,2	-4,5	0,0	13,5	-6,8	-7,0	0,0	31,7	18,1	-0,9
Wien ²⁾	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2	8,0
Summe Bundesländer	-14,7	11,1	11,6	7,7	6,1	9,8	30,7	35,8	20,7	4,2

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Länder (in EUR)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	753	748	744	738	736	731	729	813	880	926
Kärnten	934	1.050	1.216	1.295	1.550	1.770	2.077	2.410	2.709	2.777
Niederösterreich	662	880	1.063	1.286	1.424	1.595	2.037	2.570	2.259	2.165
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	65	117	157	226
Salzburg	653	663	720	763	773	990	1.045	1.474	4.020	4.618
Steiermark	308	307	368	368	367	367	820	1.113	1.320	1.289
Tirol	23	83	153	190	252	239	248	331	374	309
Vorarlberg	217	205	204	230	214	198	197	259	305	301
Wien ²⁾	973	959	936	887	834	869	1.109	1.803	2.345	2.498
Summe Bundesländer	507	559	620	665	703	770	1.004	1.361	1.636	1.696

1) Einschließlich für Dritte aufgenommene Schulden (z. B. Landeskrankenanstalten) Ohne Sollstellungen, ohne innere Anleihen.

Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 2010: 1.415,7 Mio EUR, Ende 2011: 1.342,0 Mio EUR und Ende 2012: 1.384,0 Mio EUR.

2) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Gebarungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 9 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (in Mio EUR)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	383,2	383,1	376,6	373,3	371,0	368,5	370,8	365,4	350,2	331,6
Kärnten	636,2	639,0	646,5	646,3	678,6	686,9	712,3	716,0	678,0	675,1
Niederösterreich	3.257,9	3.444,0	3.497,6	3.624,2	3.651,9	3.642,9	3.706,2	3.785,6	3.749,5	3.678,7
Oberösterreich	2.062,4	2.159,3	2.213,7	2.245,0	2.306,2	2.393,1	2.561,2	2.730,6	2.806,6	2.740,4
Salzburg	746,6	685,0	694,4	666,9	673,1	664,3	663,3	644,6	633,3	615,6
Steiermark	1.906,2	1.960,7	1.985,5	1.989,3	1.955,7	2.025,2	2.007,9	1.959,5	1.959,5	1.878,6
Tirol	752,3	767,5	779,4	793,8	788,2	806,2	815,0	806,4	783,7	772,3
Vorarlberg	601,9	616,1	642,1	642,0	627,7	639,6	653,9	676,2	680,3	666,2
Summe ohne Wien	10.346,7	10.654,6	10.835,8	10.980,8	11.052,4	11.226,7	11.490,6	11.684,3	11.641,1	11.358,6
Wien ¹⁾	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5	4.027,4	4.349,7
Summe mit Wien	11.913,3	12.220,1	12.382,0	12.454,3	12.447,0	12.686,8	13.364,7	14.754,8	15.668,5	15.708,4

Stand der Finanzschuld der Gemeinden (%-Anteile)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,5	2,2	2,1
Kärnten	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,4	5,3	4,9	4,3	4,3
Niederösterreich	27,3	28,2	28,2	29,1	29,3	28,7	27,7	25,7	23,9	23,4
Oberösterreich	17,3	17,7	17,9	18,0	18,5	18,9	19,2	18,5	17,9	17,4
Salzburg	6,3	5,6	5,6	5,4	5,4	5,2	5,0	4,4	4,0	3,9
Steiermark	16,0	16,0	16,0	16,0	15,7	16,0	15,0	13,3	12,5	12,0
Tirol	6,3	6,3	6,3	6,4	6,3	6,4	6,1	5,5	5,0	4,9
Vorarlberg	5,1	5,0	5,2	5,2	5,0	5,0	4,9	4,6	4,3	4,2
Summe ohne Wien	86,9	87,2	87,5	88,2	88,8	88,5	86,0	79,2	74,3	72,3
Wien ¹⁾	13,1	12,8	12,5	11,8	11,2	11,5	14,0	20,8	25,7	27,7
Summe mit Wien	100,0									

Veränderung der Finanzschuld der Gemeinden zum Vorjahr (in %)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	-2,5	0,0	-1,7	-0,9	-0,6	-0,7	0,6	-1,5	-4,2	-5,3
Kärnten	5,6	0,4	1,2	0,0	5,0	1,2	3,7	0,5	-5,3	-0,4
Niederösterreich	3,5	5,7	1,6	3,6	0,8	-0,2	1,7	2,1	-1,0	-1,9
Oberösterreich	3,4	4,7	2,5	1,4	2,7	3,8	7,0	6,6	2,8	-2,4
Salzburg	-0,9	-8,2	1,4	-4,0	0,9	-1,3	-0,2	-2,8	-1,8	-2,8
Steiermark	1,7	2,9	1,3	0,2	-1,7	3,6	-0,9	-2,4	0,0	-4,1
Tirol	2,0	2,0	1,6	1,8	-0,7	2,3	1,1	-1,1	-2,8	-1,5
Vorarlberg	1,4	2,4	4,2	0,0	-2,2	1,9	2,2	3,4	0,6	-2,1
Summe ohne Wien	2,5	3,0	1,7	1,3	0,7	1,6	2,4	1,7	-0,4	-2,4
Wien ¹⁾	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2	8,0
Summe mit Wien	-2,4	2,6	1,3	0,6	-0,1	1,9	5,3	10,4	6,2	0,3

Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Gemeinden (in EUR)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Burgenland	1.384	1.378	1.349	1.333	1.320	1.303	1.307	1.284	1.225	1.157
Kärnten	1.140	1.143	1.156	1.155	1.212	1.228	1.277	1.286	1.219	1.215
Niederösterreich	2.092	2.195	2.213	2.281	2.289	2.273	2.308	2.352	2.322	2.273
Oberösterreich	1.486	1.548	1.581	1.599	1.641	1.699	1.817	1.936	1.985	1.932
Salzburg	1.437	1.311	1.323	1.268	1.280	1.261	1.259	1.221	1.196	1.157
Steiermark	1.599	1.638	1.653	1.654	1.625	1.681	1.666	1.624	1.621	1.551
Tirol	1.100	1.114	1.123	1.138	1.127	1.148	1.157	1.140	1.101	1.079
Vorarlberg	1.686	1.711	1.771	1.762	1.717	1.743	1.775	1.831	1.834	1.788
Summe ohne Wien	1.584	1.622	1.641	1.658	1.665	1.687	1.725	1.751	1.740	1.693
Wien ¹⁾	973	959	936	887	834	869	1.109	1.803	2.345	2.498
Summe mit Wien	1.463	1.490	1.500	1.504	1.498	1.522	1.600	1.762	1.863	1.859

1) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Geburungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH¹⁾

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Belgien	94,0	91,9	87,9	84,0	89,2	95,7	96,6	99,2	101,1	101,5
Deutschland	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5	82,5	80,0	81,0	78,4
Estland	5,1	4,6	4,4	3,7	4,6	7,1	6,7	6,1	9,8	10,0
Finnland	44,4	41,7	39,6	35,2	33,9	43,5	48,8	49,3	53,6	57,0
Frankreich	65,2	66,8	64,1	64,2	68,2	79,2	82,7	86,2	90,6	93,5
Griechenland	99,8	110,0	107,8	107,3	112,9	129,7	148,3	170,3	157,2	175,1
Irland	29,4	27,2	24,6	24,9	44,2	64,4	91,2	104,1	117,4	123,7
Italien	103,7	105,7	106,3	103,3	106,1	116,4	119,3	120,7	127,0	132,6
Lettland	15,0	12,5	10,7	9,0	19,8	36,9	44,5	42,0	40,8	38,1
Luxemburg	6,3	6,1	6,7	6,7	14,4	15,5	19,5	18,7	21,7	23,1
Malta	69,7	68,0	62,4	60,8	60,9	66,4	66,0	68,8	70,8	73,0
Niederlande	52,4	51,8	47,4	45,3	58,5	60,8	63,4	65,7	71,3	73,5
Österreich	64,7	64,2	62,3	60,2	63,8	69,2	72,5	73,1	74,4	74,5
Portugal	61,9	67,7	69,4	68,4	71,7	83,7	94,0	108,2	124,1	129,0
Slowakei	41,5	34,2	30,5	29,6	27,9	35,6	41,0	43,6	52,7	55,4
Slowenien	27,4	26,7	26,4	23,1	22,0	35,2	38,7	47,1	54,4	71,7
Spanien	46,3	43,2	39,7	36,3	40,2	54,0	61,7	70,5	86,0	93,9
Zypern	70,9	69,4	64,7	58,8	48,9	58,5	61,3	71,5	86,6	111,7
Euro-18-Aggregat	69,6	70,4	68,6	66,2	70,1	79,9	85,7	88,1	92,7	95,0
 Bulgarien	37,0	27,5	21,6	17,2	13,7	14,6	16,2	16,3	18,4	18,9
Dänemark	45,1	37,8	32,1	27,1	33,4	40,7	42,8	46,4	45,4	44,5
Großbritannien	40,3	41,7	42,7	43,7	51,9	67,1	78,4	84,3	89,1	90,6
Kroatien	37,5	37,9	34,9	32,5	28,8	36,6	45,0	52,0	55,9	67,1
Litauen	19,3	18,3	18,0	16,8	15,5	29,3	37,8	38,3	40,5	39,4
Polen	45,7	47,1	47,7	45,0	47,1	50,9	54,9	56,2	55,6	57,0
Rumänien	18,7	15,8	12,4	12,8	13,4	23,6	30,5	34,7	38,0	38,4
Schweden	50,3	50,4	45,2	40,2	38,8	42,6	39,4	38,6	38,3	40,6
Tschechische Rep.	28,9	28,4	28,3	27,9	28,7	34,6	38,4	41,4	46,2	46,0
Ungarn	59,5	61,7	65,9	67,0	73,0	79,8	82,2	82,1	79,8	79,2
EU-28-Aggregat	62,2	62,8	61,4	58,8	62,0	74,3	80,1	83,0	86,8	88,9
 USA ²⁾	65,5	64,9	63,6	64,0	72,8	86,1	94,8	99,0	102,4	104,5
Japan ³⁾	180,7	186,4	186,0	183,0	191,8	210,2	216,0	229,8	237,3	243,2
Schweiz	52,8	50,8	45,4	41,8	39,2	37,7	36,4	35,5	36,4	35,4

1) Datendifferenzen gegenüber nationalen Quellen infolge von unterschiedlichen Veröffentlichungsterminen möglich.

2) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

3) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Februar 2014).

A 10 STAATSVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

(Fortsetzung)

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)¹⁾

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Belgien	26.300	26.600	26.600	26.500	28.800	30.200	31.500	33.200	34.200	34.600
Deutschland	17.600	18.500	19.100	19.300	20.100	21.600	25.200	25.500	26.400	26.100
Estland	400	400	400	400	600	700	700	700	1.300	1.400
Finnland	12.900	12.500	12.500	12.000	11.900	14.000	16.200	17.300	19.100	20.300
Frankreich	17.300	18.200	18.200	19.000	20.500	23.200	24.700	26.500	28.100	29.300
Griechenland	16.600	19.100	20.200	21.400	23.400	26.600	29.400	31.900	27.400	28.700
Irland	10.800	10.700	10.200	10.700	17.700	23.000	31.600	37.000	42.000	44.100
Italien	25.100	26.200	27.300	27.500	28.400	29.900	31.200	32.100	33.400	34.600
Lettland	700	700	800	900	2.100	3.200	3.900	4.100	4.400	4.400
Luxemburg	3.800	4.000	4.800	5.200	11.000	11.100	15.100	15.000	17.600	19.300
Malta	8.100	8.300	8.000	8.300	8.900	9.600	10.300	11.100	11.600	12.400
Niederlande	15.800	16.300	15.700	15.800	21.100	21.100	22.400	23.600	25.500	26.400
Österreich	18.600	19.100	19.500	19.900	21.600	22.800	24.600	26.000	27.100	27.600
Portugal	8.800	9.900	10.600	11.000	11.700	13.300	15.400	17.500	19.500	20.500
Slowakei	9.400	8.400	8.400	9.100	9.200	10.900	13.200	14.700	18.200	19.400
Slowenien	3.700	3.800	4.100	4.000	4.000	6.100	6.700	8.300	9.300	12.300
Spanien	9.100	9.000	8.800	8.500	9.500	12.200	13.800	15.800	18.900	20.600
Zypern	12.200	12.600	12.400	12.100	10.700	12.200	12.900	15.000	17.800	21.300
Euro-18-Aggregat	16.900	17.700	18.000	18.200	19.600	21.500	23.700	24.900	26.400	27.200
 Bulgarien	1.000	800	700	700	600	700	800	900	1.000	1.000
Dänemark	16.400	14.400	12.900	11.300	14.300	16.400	18.200	20.000	19.900	19.700
Großbritannien	9.800	10.600	11.400	12.200	14.700	18.300	22.300	24.600	26.100	27.300
Kroatien	2.700	3.000	3.000	3.100	2.900	3.600	4.300	5.200	5.600	6.800
Litauen	1.000	1.200	1.300	1.500	1.600	2.500	3.400	3.900	4.500	4.600
Polen	2.700	2.900	3.200	3.300	3.800	4.300	4.900	5.400	5.500	5.800
Rumänien	500	500	400	600	800	1.300	1.800	2.100	2.500	2.700
Schweden	16.800	17.400	16.600	15.500	15.200	16.000	15.800	16.100	16.100	17.300
Tschechische Rep.	3.000	3.200	3.400	3.600	3.900	4.500	5.100	5.500	6.200	6.200
Ungarn	4.100	4.500	5.200	5.600	6.500	6.900	7.300	7.700	7.600	7.800
EU-28-Aggregat	13.400	14.100	14.500	14.700	15.500	17.500	19.600	20.900	22.200	22.900
 USA	19.900	20.800	21.400	22.300	25.600	29.300	33.200	35.800	38.400	40.300
Japan ²⁾	49.200	50.800	51.000	50.800	52.000	53.700	56.200	58.600	60.900	63.200
Schweiz	27.100	26.700	25.100	24.400	23.700	22.000	21.700	21.400	21.900	21.500

1) Die Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden für alle Jahre zu Devisenmittelkursen des Jahresmittos 2013 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Februar 2014).

A 11 GLOSSAR^{*)}

Finanzschuld

Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

Bayes'sches Netz

Bayes'sche Netze kommen im Stress-Testing des Debt-Managements des Bundes zum Einsatz. Mit Hilfe eines Bayes'schen Netzes werden definierte Stress-Ereignisse miteinander verbunden und damit ein graphisches Modell konstruiert, das beschreibt, welche dieser Ereignisse sich im Krisenfall auf welche anderen auswirken könnten. Dadurch wird es ermöglicht, durch die Schätzung von relativ wenigen Eintrittswahrscheinlichkeiten für einzelne Stress-Ereignisse (und deren Wirkung auf andere Stress-Ereignisse) auf die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Vielzahl an Stress-Szenarien zu schließen.

Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlichen Bundesschuldkategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwährungsbeträge, aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahrs und des Vorjahrs. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zustande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahrs und dem Tilgungskurs.

Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlich Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

Cashflow-at-Risk:

Das Cashflow-at-Risk ist eine statistische Risikokennzahl, die angibt, wie stark die Zinskosten der Verschuldung aufgrund der Volatilität von Zins- und Währungsmärkten in einem bestimmten Zeitraum mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit maximal ansteigen können. Dieser Risikoabschätzung liegen meist Annahmen bezüglich der zukünftigen Defizite und der Struktur der zukünftigen Mittelaufnahme zugrunde. Für die Schwankungsintensität der Preise (Zinssätze und Wechselkurse) wird auf historische Volatilitäten zurückgegriffen.

Duration (Macaulay, Modified, Effective):

Die Macaulay Duration bezeichnet die barwertgewichtete, durchschnittliche Zeitspanne der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsströme berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Macaulay Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portfolios auf Zinssatzveränderungen geschätzt werden kann. Da die Modified Duration bei Transaktionen mit eingebetteten Kündigungsoptionen keine exakten Ergebnisse liefert, wird im Berichtswesen der OeBFA über die direkte Berechnung der Sensitivitäten des Portfolios auf die Effective Duration rückgeschlossen.

Effektivverzinsung:

Der effektive Jahreszinssatz bezieht die jährlichen und auf die nominale Kredithöhe bezogenen Kosten der Verschuldung. Der effektive Jahreszinssatz gibt die Gesamtkosten der Verschuldung in Prozent pro Jahr an und wird im Wesentlichen vom Nominalzinssatz, dem Emissionskurs (Disagio, Agio) und der Tilgung bestimmt. Die einzelnen Effektivzinssätze werden mit dem aushaltenden Volumen der bereinigten Finanzschuld gewichtet.

^{*)} Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

Eigenbesitz des Bundes (Bundesanleihen und Bundesschatzscheine):

Der Bund behält sich bei jeder Bundesanleiheemission eine Eigenquote von 10% zurück. Auch werden eigene Bundesanleihen am Sekundärmarkt zur Vermeidung von Refinanzierungsspitzen erworben. Außerdem wird das emittierte Volumen der „Bundesschätz“ (Inhaberwertpapiere für Privatanleger) bis zum Erwerb im Eigenbesitz des Bundes verbucht.

Euroschuld:

Auf Euro lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

Finanzschuld:

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 i. d. g. F. zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld im engeren Sinn einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

Finanzschuld im engeren Sinn:

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 i. d. g. F.

Fremdwährungsschuld:

Finanzschulden des Bundes in fremden Währungen gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 auf Nicht-Euro lautende Finanzschulden. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

Konversion:

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

Nettodefizit:

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

Nicht titrierte Finanzschuld:

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

Nominalverzinsung:

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

Pensionsgeschäfte:

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurück zu übertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Primärsaldo:

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

Rechtsträgerfinanzierungen:

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürg und Zahler übernommen hat (§ 81 BHG i.d.g.F.). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz. Bei den öffentlichen Schulden im Sinne von Maastricht sind allerdings Rechtsträgerfinanzierungen des Bundes hinzuzuzählen (Eurostat-Feststellung vom Jänner 2003).

Restlaufzeit:

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaltenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:

- Anleihen: Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- Kredite und Darlehen: Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.
- Schuldverschreibungen: Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird, sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.

Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:

- Anleihen: Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- Bankendarlehen: Direktkredite und Darlehen von Banken.
- Bundesobligationen: Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i. Allg. Privatplatzierungen) sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.
- Bundesschatzscheine: Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die zum Teil Konversionsvereinbarungen bestehen.
- Sonstige Kredite: Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- Versicherungsdarlehen: Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

Titrierte Finanzschuld:

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

Value-at-Risk:

Während beim Cashflow-at-Risk eine Flussgröße analysiert wird, zielt das Value-at-Risk auf die Risikoabschätzung einer Bestandsgröße ab. Value-at-Risk zeigt das Verlustpotenzial für das Portfolio (mögliche Marktwertverhöhung der Verschuldung). Dabei wird – mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit und über einen bestimmten Zeithorizont – abgeschätzt, wie stark sich der Wert eines Portfolios maximal ändern kann.

Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die aufgrund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

Zinsfixierungszeitraum:

Der Zinsfixierungszeitraum ist als die Cashflow-gewichtete Restlaufzeit aller fixierter Cashflows definiert, wobei bei variablen Positionen der volle Nominalbetrag am nächsten, bereits fixierten Kupon-Zahltag berücksichtigt wird. Bei Kündigungsrechten wird vom Nutzen dieser Rechte ausgegangen.

Ausgewählte Fiskalindikatoren und makroökonomische Kenngrößen

Budgetsensitivität:

Auswirkung von Konjunkturschwankungen auf die Einnahmen und Ausgaben des Staates. Liegt etwa die gesamtwirtschaftliche Aktivität um 1% unter dem langfristigen Trend (negative Outputlücke), resultieren im Fall Österreichs durchschnittlich Steuermindereinnahmen und arbeitsmarktbedingte Mehrausgaben in Summe von rund 0,5% des BIP

Einmalmaßnahmen:

Einmalige und sonstige auf maximal drei Jahre befristete Maßnahmen, die zu keiner nachhaltigen Veränderung der Fiskalposition führen. Beispiele für defizitsenkende Einmalmaßnahmen sind Einnahmen aus dem Verkauf von nichtfinanziellen Vermögenswerten wie z. B. Mobilfunklizenzen, infolge von Steueramnestie oder Übertragung von Pensionskassenvermögen (gegen Übernahme der zukünftigen Pensionsleistungen). Ausgaben zur Stabilisierung der Finanzmärkte („Bankenpakete“) oder kurzfristige Notfallausgaben (z. B. infolge von Naturkatastrophen, Militäreinsätzen oder Gerichtsurteilen) erhöhen das Defizit einmalig bzw. temporär.

Finanzierungssaldo laut Maastricht bzw. ESVG 95:

Veränderung der Verbindlichkeiten und Forderungen innerhalb eines bestimmten Beobachtungszeitraums (z. B. Fiskaljahr). Ein negativer Finanzierungssaldo (Defizit) bedeutet, dass sich das Nettofinanzvermögen des Staates innerhalb des Beobachtungszeitraums reduziert hat. Laut ESVG 95 erfolgt die Verbuchung der Transaktionen grundsätzlich nach dem „Accrual-Prinzip“, d. h. nach dem Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit. Im Gegensatz zum administrativen Defizit führt weder die Deckung von Ausgaben durch den Abbau von Finanzaktiva (Veräußerung von Beteiligungen etc.) sowie Rücklagenentnahmen zu einem geringeren Defizit im Sinne von Maastricht bzw. ESVG 95, noch steigt das Defizit durch budgetäre Ausgaben an, die dazu verwendet werden, das Finanzvermögen zu erhöhen (z. B. Darlehensvergaben).

Beim ESVG-Saldenbegriff werden im Gegensatz zum Maastricht-Saldenbegriff Zinsströme von derivativen Finanztransaktionen (z. B. Swaps) als finanzielle Transaktionen ohne Auswirkungen auf das Vermögen behandelt.

Outputlücke:

Abweichung der tatsächlichen Produktion einer Volkswirtschaft (BIP) von ihrem Potenzialoutput, ausgedrückt in Prozent des Potenzialoutputs. Eine positive Output-Lücke (Überauslastung der Produktionsfaktoren) kann auf eine Überhitzung der Wirtschaft und einen bevorstehenden Anstieg der Inflation hinweisen, während eine negative Outputlücke (Unterauslastung der Produktionsfaktoren) freie Kapazitäten und einen Inflationsrückgang signalisiert. Die Robustheit der analytischen Kenngröße „Outputlücke“ hängt – neben methodologischen Fragen der Berechnung – stark von der Prognosegüte der den Berechnungen zugrunde gelegten Makrodaten ab.

Potenzialoutput:

Jenes Outputniveau, das bei einer durchschnittlichen Kapazitätsauslastung ohne Inflationsdruck erzielt werden kann. Der Potenzialoutput besteht aus den Trendkomponenten „Arbeit“, „Kapital“ und „Totale Faktorproduktivität“, deren Schätzung durch Zerlegung des BIP in einen Trend und eine konjunkturelle Komponente erfolgt. Die EK berechnet den Potenzialoutput auf Basis einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion.

Schuldaufnahmen staatsnaher Unternehmen im Sinne des ESVG 95

Schulden von Unternehmen des privaten Sektors werden – unabhängig von deren rechtlicher Konstruktion – als Staatsschulden gewertet, wenn sich der Staat zur Bedienung der Schulden (Zinsen und Tilgung) verpflichtete oder für Schulden von Unternehmen haftet und solche Haftungen wiederholt in Anspruch genommen werden bzw. künftige Inanspruchnahmen sehr wahrscheinlich sind. In solchen Fällen wird die Schuldaufnahme durch ein Unternehmen unmittelbar als Schuldaufnahme des Staates sowie als defiziterhöhender Kapitaltransfer des Staates in derselben Höhe an das Unternehmen verbucht.

Struktureller Budgetsaldo:

Zyklisch bereinigter Budgetsaldo ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen.

Verschuldung im Sinne von Maastricht:

Der Verschuldungsbegriff entspricht im Wesentlichen jenem der nationalen Finanzstatistiken der Gebietskörperschaften (Bruttokonzept, Nominalwertkonzept, Stichtagsbetrachtung zum Jahresende) und umfasst Darlehen von Finanzintermediären, auf den Finanzmärkten direkt aufgenommene Schuldtitle und derivative Finanztransaktionen (Cross-Currency-Swaps und Forward-Rate-Agreements). Nicht einzubeziehen sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurz- und langfristige Handelskredite), Anzahlungen auf begonnene oder bestellte Arbeiten sowie schwedende Posten (Erläge). Differenzen zu den administrativen Informationen ergeben sich vor allem durch die abweichende Sektorabgrenzung, die den ESVG 95-Vorgaben folgt, und durch die Konsolidierung von innersektoralen Verpflichtungen.

Zyklisch bereinigter Budgetsaldo:

Finanzierungssaldo, der um den automatischen konjunkturellen Einfluss auf das Budget (Wirkung der „automatischen Stabilisatoren“) bereinigt wird, indem die zyklische Budgetkomponente vom Finanzierungssaldo abgezogen wird. Zur Berechnung der zyklischen Budgetkomponente wird die Outputlücke, die die aktuelle Position einer Volkswirtschaft im Konjunkturzyklus widerspiegelt, mit der Budgetsensitivität multipliziert.

Internationale Finanzhilfemechanismen

Bilaterale Kredite zwischen EU-Mitgliedstaaten

Finanzhilfen zwischen EU-Mitgliedstaaten, die auch den Schuldenstand des Kreditgebers erhöhen, sofern die Darlehensvergaben durch Schuldaufnahmen finanziert werden. Die Darlehensvergabe stellt eine finanzielle Transaktion dar, die keine Auswirkung auf den Finanzierungssaldo hat. Den Zinszahlungen durch die Schuldaufnahme stehen Zinseinnahmen durch Darlehensforderungen gegenüber.

European Financial Stability Facility (EFSF):

Gesellschaft, die bei Bedarf zur Kreditvergabe an Länder des Euroraums Anleihen emittieren kann, für die die Euroraum-Länder anteilmäßig haften. Da diese Zweckgesellschaft keine eigene institutionelle Einheit im Sinne des ESVG 95 darstellt, werden ihre Schulden bzw. Zahlungsströme den Mitgliedstaaten zugerechnet („Re-Routing“). Seit Mitte 2013 dürfen keine neuen Hilfsprogramme über die EFSF initiiert, sondern nur noch die derzeit laufenden Finanzhilfen fortgesetzt werden.

European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM):

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus. Verordnung, durch die die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mittel in Höhe von bis zu 60 Mrd EUR aufnehmen und diese als Kredite an EU-Mitgliedstaaten vergeben kann. Diese Direktkredite der EK haben keine Auswirkungen auf nationale Fiskalindikatoren (Schuldenstand, Finanzierungssaldo). Der Fortbestand der EFSM ist an das Vorliegen von außergewöhnlichen Ereignissen geknüpft, deren Existenz regelmäßig durch die Europäische Kommission zu überprüfen ist.

European Stabilisation Mechanism (ESM):

Permanenter Rettungsschirm seit Oktober 2012, der über eine internationale Organisation nach dem Völkerrecht unter strengen Vorgaben Finanzhilfen an Euroländer mit Zahlungsschwierigkeiten gewährt und seit diesem Zeitpunkt sukzessive die Aufgaben der EFSF übernahm. Der ESM umfasst ein verfügbares Kreditvolumen von 500 Mrd EUR und besteht aus 80,2 Mrd EUR Bareinlage und 621,7 Mrd EUR Rufkapital. Österreich musste entsprechend seinem Anteil von 2,8% am Rettungsfonds insgesamt 2,2 Mrd EUR in Form saldoneutraler Eigenkapitalzuführungen zahlen (der Anteil am Rufkapital beträgt 17,3 Mrd EUR). Da diese Kapitaltransfers über Fremdmittel finanziert werden mussten, erhöhte sich der nationale Schuldenstand.

Rentenmarkt

Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

Kurstender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale Nominalverzinsung und Laufzeit der Emission festgelegt werden und die Zuteilung aufgrund der Kursangebote der Aktionsteilnehmer bestimmt wird. Der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung erfolgt nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren (vorrangige angewandte Emissionstechnik des Bundes).

Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung aufgrund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt – wie auch das EZB-Tenderverfahren – nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Verzinsung

EONIA:

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken für Euro-Währungen).

Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z. B. Drei-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

LIBOR:

London Interbank Offered Rate (täglich festgelegter Referenzzinssatz im Interbankengeschäft im Regelfall für Nicht-Euro-Währungen).

OIS:

Overnight-Index-Swap (Zinsderivat, bei dem ein Festzins gegen einen (variablen) Overnight-Referenzzins getauscht wird).

Primärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

Sekundärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i. a. der Sekundärmarktrendite).

Euroraum-Aggregate

Euro-11 = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (seit 1.1.1999)

Euro-12 = Euro-11-Länder inklusive Griechenland (seit 1.1.2001)

Euro-13 = Euro-12-Länder inklusive Slowenien (seit 1.1.2007)

Euro-15 = Euro-13-Länder inklusive Malta und Zypern (seit 1.1.2008)

Euro-16 = Euro-15-Länder inklusive Slowakei (seit 1.1.2009)

Euro-17 = Euro-16-Länder inklusive Estland (seit 1.1.2011)
 Euro-18 = Euro-17-Länder inklusive Lettland (seit 1.1.2014)

Währungsbezeichnungen

ATS	=	Österreichische Schilling	ISK	=	Isländische Kronen
AUD	=	Australische Dollar	ITL	=	Italienische Lire
BEF	=	Belgische Francs	JPY	=	Japanische Yen
BRL	=	Brasilianische Real	LUF	=	Luxemburgische Francs
CAD	=	Kanadische Dollar	MXN	=	Mexikanische Pesos
CHF	=	Schweizer Franken	NLG	=	Holländische Gulden
CZK	=	Tschechische Kronen	NOK	=	Norwegische Kronen
DEM	=	Deutsche Mark	NZD	=	Neuseeland Dollar
ESP	=	Spanische Peseten	PLN	=	Polnische Zloty
EUR	=	Euro	RON	=	Neuer Rumänischer Leu
FRF	=	Französische Francs	SKK	=	Slowakische Kronen
GBP	=	Pfund Sterling	TRY	=	Neue Türkische Lira
GRD	=	Griechische Drachmen	USD	=	US-Dollar
HUF	=	Ungarische Forint	XEU	=	European Currency Unit
			ZAR	=	Südafrikanische Rand

Zeichenerklärung

- : Zahlenwert ist null bzw. Eintragung ist definitorisch unmöglich.
- . : Zahlenwert nicht ermittelbar.
- 0 oder 0,0 : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

Einhaltung der Fiskalregeln

8. ERGEBNISSE DES BERICHTS ÜBER DIE EINHALTUNG DER FISKALREGELN 2013-2018

Das folgende Kapitel präsentiert die **Hauptergebnisse des „Berichts über die Einhaltung der Fiskalregeln 2013-2018“**, der vom Fiskalrat erstellt und Mitte Mai 2014 veröffentlicht wurde. Die Langfassung ist auf der Website des Fiskalrates abrufbar (www.fiskalrat.at/Publikationen/fiskalregelberichte.html).

Der **zugrundeliegende Bericht** – als eine von drei Publikationen des Fiskalrates im heurigen Jahr – evaluiert das **aktuelle Stabilitätsprogramm der Bundesregierung** von Ende April 2014 für die Jahre 2013 bis 2018. Der Schwerpunkt liegt dabei in der **Überwachung der Einhaltung der mehrdimensionalen EU-Fiskalregeln** für den **Gesamtstaat** (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger laut Europäischem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

EXECUTIVE SUMMARY

Die **österreichische Wirtschaft** hat sich aus der tiefen internationalen Finanzkrise rascher erholt als jene der Eurozone insgesamt. Das reale BIP lag 2013 bereits wieder leicht über dem Niveau von 2008, das strukturelle Budgetdefizit verringert sich und Preisstabilität ist gegeben. Die Beschäftigung nimmt zu, gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit abermals. Allerdings leidet die Wirtschaft unter einer Unterauslastung. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte 3,3% des BIP im Jahr 2014 betragen (WIFO-Prognose, März 2014).

Tabelle: Anwendung der EU-Fiskalregeln für Österreich in den Jahren 2013 bis 2018¹⁾

Staat insgesamt	Korrektiver Arm				Präventiver Arm ²⁾			
	2013	Ø 2011-2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Maastrichtdefizit: Unterschreitung der Obergrenze von 3% des BIP	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Budgetdefizit des Staates (in % des BIP)	-1,5	-2,2	-2,7	-1,4	-0,7	-0,6	-0,5	
Strukturelle Anpassung der Defizitquote: Erreichung der Zielvorgabe³⁾	JA	JA	NEIN	NEIN	JA	-	-	
Zielvorgaben für die strukturelle Anpassung (in %-Punkten):	-	0,75	>0,5	>0,5	-	0	0	
Realisierte bzw. geplante strukturelle Anpassung (in %-Punkten) ⁴⁾	1,4	1,0	0,1	0,3	0,4	0,0	0,1	
Struktureller Budgetsaldo (in % des BIP)⁵⁾	-1,3	-1,8	-1,2	-0,9	-0,5	-0,4	-0,3	
Ausgabenzuwachs des Staates: Erreichung der Zielvorgabe	JA	-	NEIN	JA	JA	-	-	
Zulässiges reelles Ausgabenwachstum (Veränderung in %) ⁵⁾	0,3	-	0,3	0,3	0,3	-	-	
Realisiertes bzw. geplantes reelles Ausgabenwachstum (Veränderung in %) ⁶⁾	-1,8	-	0,8	-4,4	-2,2	-	-	
Rückführung der Schuldenquote: Erreichung einer der drei Zielvorgaben	-	-	JA	JA	JA	-	-	
Staatsverschuldung Österreichs (in % des BIP)	74,5	-	79,2	77,8	75,8	73,4	71,5	

1) Eigene Ergebnisse auf Basis des Budgetpfads lt. aktuellem Stabilitätsprogramm und der WIFO-Prognosen (Stand: März 2014).

2) Im Jahr 2016 reduziert sich die Zielvorgabe auf die noch erforderliche Anpassung, um das MTO zu erreichen. Ab 2017 soll das MTO erreicht sein.

3) Abweichungen zum BMF bedingt durch unterschiedliche Annahmen zur Outputlücke.

4) Veränderung des strukturellen Budgetsaldo inklusive Korrekturfaktoren im korrekten Arm (u. a. Revisionen des Potenzialwachstums).

5) Durchschnittliche Potenzialwachstumsrate abzüglich eines Abschlags solange das MTO noch nicht erreicht wurde.

6) Ausgabenaggregat u. a. ohne Zinszahlungen oder Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung; diskretionäre Einnahmen werden gegengerechnet.

Quelle: WIFO (Prognosen vom März und Februar 2014), BMF (Stabilitätsprogramm von April 2014) und eigene Berechnungen.

Aus Sicht des Fiskalrates, sollte Mitte 2014 das Verfahren für Österreich wegen eines übermäßigen Defizits (**ÜD-Verfahren**) eingestellt werden. Dies auch dann, wenn unter Berücksichtigung der Restrukturierung der Hypo Alpe-Adria-Bank in Form einer Abbaugesellschaft die Defizitobergrenze von 3% des BIP vorübergehend überschritten würde. Wenngleich sich die Budgetsituation in Österreich im internationalen Vergleich durch eine niedrige Defizitquote auszeichnet (2013: -1,5% des BIP),

Einhaltung der Fiskalregeln

erfüllt der im Stabilitätsprogramm festgelegte **Budgetpfad Österreichs ab dem Jahr 2014 bis 2018 nicht alle EU-Vorgaben** (siehe Tabelle).

Der strukturelle Anpassungspfad des Budgets und die Ausgabenzuwächse gemäß Ausgabenregel zeigen Konsolidierungsanstrengungen, die – unter den angenommenen ökonomischen Rahmenbedingungen – ambitionierter sein müssten. Das mittelfristige Budgetziel eines **strukturell ausgeglichenen Haushalts** soll Österreich laut aktuellem Stabilitätsprogramm erst im Jahr 2016 erreichen. Dadurch sinkt das strukturelle Budgetdefizit laut Stabilitätsprogramm geringer als im Anpassungspfad vorgegeben. Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen angekündigt, die sicherstellen sollen, dass es zu keiner signifikanten Abweichung vom strukturellen Anpassungspfad kommt.¹

Für die **nachhaltige Einhaltung** eines ausgeglichenen Haushalts sind aus Sicht des Fiskalrates **Strukturreformen mit Veränderung der Aufgabenverteilung** und die Einrichtung von **klaren Schnittstellen** zwischen den Gebietskörperschaften (unter anderem beim **Gesundheitswesen**, bei der **Pflege**, dem **Förderwesen** oder bei der **Bildung**) ausständig.

Die **Europäische Kommission** (EK) kam im November 2013 zu dem Schluss, dass die von Österreich vorgelegte Haushaltsplanung weitgehend den Vorgaben entspricht. Nach Ansicht der Kommission sollte Österreich aber das strukturelle, mittelfristige Budgetziel **bereits bis zum Jahr 2015** erreichen.

Verstärkte regelgebundene Fiskalpolitik der EU soll Haushaltsdisziplin gewährleisten

Die vor dem Hintergrund der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise erweiterten **Fiskalregeln der Europäischen Union**, die in Form des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 auch auf nationaler Ebene verbindlich umgesetzt wurden, sehen gesamtstaatliche **Obergrenzen** für

- die Höhe des **Budgetdefizits**,
- die Entwicklung und Höhe des **strukturellen Budgetdefizits**,
- die Entwicklung der **realen Ausgaben** des Staates und für
- die Entwicklung und den Stand der **Staatsverschuldung** vor.

Werden die fiskalpolitischen Vorgaben nicht erfüllt (ex post-Bewertung von t-1 im Rahmen der Frühjahrsprognose der EK), sind **Sanktionen** vorgesehen (Grafik 1). Ein **verschärfstes Korrekturverfahren** im korrektriven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts (ÜD-Verfahren) wird ausschließlich bei Verletzung der **Maastricht-Kriterien** (Defizitquote nachhaltig über der Obergrenze von 3% des BIP oder Verschuldungsquote über 60%-Grenze ohne ausreichende Rückführung; Box 4) eingeleitet. Die Fiskalregeln über die Entwicklung und Höhe des **strukturellen Budgetsaldos** (= konjunkturbereinigter Budgetsaldo abzüglich Einmalmaßnahmen) prägen die konjunkturpolitische Ausrichtung der Budgetpolitik in der Europäischen Union. Nach Erreichen des MTO (Medium Term Objective; strukturelles Budgetdefizit von maximal 0,5% des BIP) soll dessen Einhaltung zu einer **konjunkturadäquaten, antizyklischen Ausrichtung der Budgetpolitik**, die in der Vergangenheit die Ausnahme war, in den Mitgliedstaaten beitragen. Allfällige Verfehlungen der strukturellen Vorgaben ebenso wie jene bei der Ausgabenregel lösen kein ÜD-Verfahren aus. Allerdings werden im Bedarfsfall, d.h. bei erheblicher Abweichung vom vorgegebenen Budgetpfad, **Frühwarnmechanismen** (wie z. B. EU-Maßnahmenkatalog mit Fristen, automatisches Korrekturverfahren auf nationaler

¹ Bei einer „erheblichen Abweichung“ des strukturellen Budgetpfads vom angegebenen Anpassungspfad würde der „Frühwarnmechanismus“ mit EU-Empfehlungen und einem verbindlichen Zeitplan für Korrekturmaßnahmen ausgelöst werden.

Einhaltung der Fiskalregeln

Ebene, Stellungnahmen der Fiskalräte etc.) in Gang gesetzt, um die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsstaaten zu forcieren und eine Verletzung der Maastricht-Kriterien zu verhindern. Der mittelfristige Zielwert eines beinahe ausgeglichenen Budgets wurde in **Österreich** mit einem **strukturellen Budgetdefizit von 0,45% des BIP** festgelegt.

Die Berechnung des strukturellen Budgetsaldos ist allerdings mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, die sich auch in laufenden Revisionen – selbst Daten der Vergangenheit betreffend – niederschlagen. Diese Unsicherheiten ergeben sich aus unterschiedlichen Berechnungsmethoden und Prognosen, aber auch aus der Tatsache, dass der Potenzialoutput nicht präzise bestimmbar ist. Dadurch erklären sich auch Abweichungen bei den Ergebnissen unterschiedlicher Institute (WIFO, EK, IWF, OECD).

Beendigung des übermäßigen Defizitverfahrens für Österreich für Mitte 2014 zu erwarten

Österreich unterliegt seit Dezember 2009 einem ÜD-Verfahren, nach Artikel 126 (6) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (VAEU) mit folgender Empfehlung:

- Rückführung der gesamtstaatlichen Defizitquote auf unter 3% des BIP bis 2013,
- Reduktion des strukturellen Budgetdefizits des Staates um durchschnittlich 0,75% des BIP p. a. in den Jahren 2011 bis 2013,
- rückläufige Schuldenquote.

Im Juni 2014 wird auf Basis der Frühjahrsprognose der EK der Rat der Europäischen Union entscheiden, ob das ÜD-Verfahren gegenüber **Österreich** einzustellen ist. Aus Sicht des Fiskalrates ist mit einer **Einstellung des ÜD-Verfahrens** gegenüber Österreich aus folgenden zwei Gründen zu rechnen:

- **Eine Rückführung der gesamtstaatlichen Defizitquote auf unter 3% des BIP** erfolgte bereits ab dem Jahr 2011 mit einer Defizitquote von nur noch 1,5% des BIP im Jahr 2013. Im Jahr 2014 sollte – auch unter Berücksichtigung der Restrukturierung der Hypo Alpe-Adria-Bank in Form einer Abbaugesellschaft – die Obergrenze von 3% weder erheblich noch nachhaltig überschritten werden.
- Zudem erfüllt Österreich das für eine Einstellung des ÜD-Verfahrens relevante Schuldenkriterium insofern, als ab dem Jahr 2014 eine **rückläufige Schuldenquote im Sinne der Schuldenregel** (siehe Abschnitt 5.5, Box 4) zu erwarten ist. Bei dieser Regel sind zudem Finanzierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte abzugsfähig („relevante Faktoren“).

Für eine Einstellung des ÜD-Verfahrens dürfte sich nach ersten Informationen auch die Europäische Kommission aussprechen.

Österreich erfüllt nicht alle EU-Fiskalregeln ab 2014²

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass für Österreich ab dem Jahr 2014 die **Fiskalregeln des präventiven Arms des SWP** gültig sind. Diese geben in Grundzügen Folgendes vor (Näheres in Abschnitten 5.3 bis 5.5):

- **Anpassung des strukturellen Budgetsaldos** jährlich um **mehr als 0,5% des BIP**, solange das mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht wurde und die Schuldenquote über dem Refe-

² Abweichungen zur Berechnung des BMF sind durch unterschiedliche Annahmen hinsichtlich der Outputlücke bedingt.

Einhaltung der Fiskalregeln

renzwert von **60% des BIP** liegt.

- **Beschränkung** des jährlichen (realen) **Ausgabenzuwachses des Staates** mit der mittelfristigen **Wachstumsrate des Potenzialoutputs** abzüglich eines Abschlags, außer es erfolgt eine diskretionäre **Kompensation** durch Einnahmen.
- **Rückführung** der **Staatsschuldenquote** im Einklang mit der **Schuldenregel**. Nach Einstellung eines ÜD-Verfahrens besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**, an dessen Ende die Einhaltung der **Schuldenregel** sichergestellt werden muss.

Die österreichische Bundesregierung strebt die Erreichung des gesamtstaatlichen **mittelfristigen Budgetziels** eines strukturellen Budgetdefizits von maximal 0,45% des BIP **im Jahr 2016** an. Der Anpassungspfad in Richtung MTO entspricht einer durchschnittlichen Verringerung der strukturellen **Defizitquote** um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr und **verfehlt die Vorgaben des präventiven Arms des SWP** (ab 2014: >0,5% des BIP). In den Jahren **2014 und 2015** zeichnet sich eine **Abweichung** ab. Bei **strikter Einhaltung** der strukturellen Budgetregel müsste Österreich **bereits im Jahr 2015** das MTO erreichen.

Die **Ausgabenregel** knüpft an Größen an, die von den Entscheidungsträgern (Regierungen, Nationalrat, Landtage etc.) eher beeinflussbar sind. Für die Beurteilung der Einhaltung der Ausgabenregel ist der Zuwachs eines (**adaptierten**) **realen Ausgabenaggregats** (Primärausgaben ohne Ausgaben für Arbeitslosigkeit und abzüglich diskretionärer Einnahmen) zugrunde zu legen, der sich an der durchschnittlichen mittelfristigen **Potenzialwachstumsrate** orientiert (Box 3). Für die Jahre 2014 bis 2016 beträgt die **Obergrenze für den Zuwachs des realen Ausgabenaggregats im Sinne der Ausgabenregel** 0,3% pro Jahr. Unter Verwendung der Zielwerte des aktuellen Stabilitätsprogramms und der Makroergebnisse des WIFO erfüllt Österreich – vom Jahr 2014 abgesehen – die **Ausgabenregel** für die Beobachtungsperiode 2013 bis 2018 (Tabelle 10). Die jährlichen Zuwachsraten des realen Ausgabenaggregats werden allerdings stark von Sondereffekten geprägt. So ist die Verfehlung der Ausgabenregel im Jahr 2014 im Wesentlichen durch den Basisfehler 2013 (Ausgaben mindernde Verbuchung der Erlöse aus Mobilfunklizenzen sowie abzugsfähige Steuererhöhungen) und die Ausgaben im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Hypo Alpe-Adria-Bank zu erklären.

Gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm wird die gesamtstaatliche Verschuldungsquote Österreichs nach einem Höchststand per Jahresende 2014 (79,2% des BIP) bis zum Ende des Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms schrittweise zurückgeführt (2018: 71,5% des BIP). Sofern im Laufe des Jahres 2014 das ÜD-Verfahren gegen Österreich beendet wird, ist in den Jahren 2014 bis 2016 die Rückführung der Schuldenquote in Richtung des Referenzwertes von 60% des BIP anhand der **Schuldenregel während eines Übergangszeitraums** zu evaluieren (Box 4). Im dreijährigen Übergangszeitraum, gilt die **lineare, strukturelle Mindestanpassung des Budgetsaldos** als Referenz für die Einhaltung der Schuldenregel (Tabelle 11).³ Nach den aktuellen Zielvorgaben der Bundesregierung entspricht die Rückführung des strukturellen Budgetsaldos Österreichs in diesem Zeitraum den Vorgaben. Die **Schuldenregel im Übergangzeitraum** wird daher erfüllt.

Für eine Evaluierung dieser mehrdimensionalen Fiskalregeln auf **subsektoraler oder regionaler Ebene im Sinne des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012** reichen die **gegenwärtigen Informationen** zu den Ländern- und Gemeinden **nicht aus**. Dazu müssten v.a. quantitative Informationen über einnahmen- und ausgabenseitige Maßnahmen sowie ESVG-konforme Daten über die Ausgabenentwicklungen der einzelnen Länder und der Gemeinden pro Bundesland zur Verfügung stehen.

³ Die strukturelle Anpassung ist erforderlich, um die zukunftsgerichtete Verschuldungsbenchmark am Ende des Übergangszeitraums (2016) zu erfüllen.

Wichtige strukturelle Reformvorhaben im Regierungsprogramm nicht präzisiert

Neben den quantifizierten Einzelmaßnahmen im Stabilitätsprogramm 2014 zur Budgetkonsolidierung, wurden im **Regierungsprogramm** vor allem **vier essentielle Reformvorhaben** in Aussicht gestellt, die noch nicht konkretisiert oder quantifiziert wurden. Dabei handelt es sich um folgende Projekte:

- **Aufgaben- und Deregulierungskommission**, um die **Effizienz** der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Die Aufgabenverteilung und Aufgabenerfüllung der Gebietskörperschaften ist zu prüfen.
- Effizienzsteigerungen durch Beseitigung von **gebietskörperschaftsübergreifenden Doppelgleisigkeiten**.
- **Finanzausgleichsreform** mit einer Entflechtung der Aufgaben und Mischfinanzierungen sowie einer aufgabeadäquaten Mittelausstattung;
- **Steuerstrukturreform** einschließlich Steuervereinfachung (u. a. Senkung des Eingangssteuersatzes in Richtung 25% unter gleichzeitiger Abflachung der Progression);

Diese offenen Punkte, die vor allem **Grundsatzentscheidungen** verlangen, legen auf Basis vorhandener Reformvorschläge eine Klärung auf **höchster politischer Ebene** nahe. Die vorgesehene Einrichtung von Arbeitsgruppen erscheint dann zweckmäßig, wenn bereits ein politischer Konsens über den jeweiligen Lösungsansatz getroffen wurde, um Details festzulegen. Für eine Steuerentlastung müsste der budgetäre Spielraum **geschaffen** werden.

Konsolidierungspfad durch diskretionäre Maßnahmen geprägt

Der aktuelle **gesamtstaatliche** Budgetpfad gemäß Stabilitätsprogramm vom April 2014 wird von mehreren Maßnahmenpaketen („Loipersdorf-Paket“ 2011, „Stabilitätspaket 2012–2016“ sowie Abgabenänderungsgesetz 2014) geprägt, die in den letzten Jahren von der **Bundesregierung** vereinbart wurden. Diese Maßnahmen seit 2011 sollten nach den politischen Vorgaben zu einem höheren **Konsolidierungsvolumen** auf der **Ausgabenseite** als auf der Einnahmenseite führen. Nach den vorliegenden Berechnungen dürfte das **diskretionäre Konsolidierungsvolumen auf der Ausgabenseite** (netto, unter Gegenrechnung der Offensivmaßnahmen) **seit 2011** im Jahr 2014 bei etwa 40% liegen und bis 2018 auf etwa 55% der Gesamtkonsolidierung ansteigen. Das jährliche **Gesamtvolume dieser Maßnahmenpakete** (Tabelle 6) dürfte im Betrachtungszeitraum 2013 bis 2018 netto zumindest 5,2 Mrd EUR (1,7% des BIP) im Jahr 2013 bis 10,1 Mrd EUR (2,8% des BIP) im Jahr 2017 erreichen. Dabei kommt zum **Tragen**, dass Konsolidierungserfolge auf der Einnahmenseite etwa durch Steuertarifanpassungen **verhältnismäßig kurzfristig erzielbar** sind, während Maßnahmen zur Ausgabeneinsparung häufig mit Vorlaufzeiten (z. B. Verwaltungsreformmaßnahmen) verbunden sind. Unter Einbeziehung der **zusätzlichen Konsolidierungswirkung** in Form von „kalter Progression“ und Zinsersparnis ergibt sich im Jahr 2018 ein Anteil der ausgaben- und einnahmeseitigen Maßnahmen von jeweils 50%. Die **jüngsten Konsolidierungmaßnahmen** des Bundes, die Anfang 2014 beschlossen wurden, erfolgten vorrangig einnahmeseitig.

Unsicher erscheinen insbesondere die geschätzten Einsparungen im Bereich der **Pensionen, Verwaltung** und des **Gesundheitswesens**. Auch die Ausgaben im Bereich **Pflege** weisen eine dynamische Entwicklung auf. Überdies sind Zusatzausgaben im **Bankenbereich** nicht gänzlich auszuschließen. Diese Bereiche könnten die Erreichung der Zielvorgaben bis 2018 gefährden.

Einhaltung der Fiskalregeln

Als Basis für die Berechnungen des Volumens an Maßnahmen wurden die offiziellen Daten des Bundes herangezogen. Es wurden nur Maßnahmen berücksichtigt, die planmäßig umgesetzt wurden oder in Umsetzung befindlich sind. So blieben z. B. die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer im Betrachtungszeitraum 2013–2018 außer Acht. Zudem wurde in Einzelfällen das geschätzte Einsparungsvolumen des BMF angepasst (Förderungen, Verwaltungskosten).

Fehlende Erläuterungen sowie Quantifizierungen erschweren Evaluierung der Budgetentwicklung

Das aktuelle Stabilitätsprogramm der Bundesregierung deckt zwar die von der EU geforderte Informationsbreite für den Gesamtstaat im Wesentlichen ab, enthält aber kaum Erläuterungen zu den Tabelleninhalten sowie klare Hinweise zu den jeweils verwendeten Datenquellen. So konnte die Budgetentwicklung nur rudimentär auf Plausibilität überprüft werden.

Für eine Evaluierung der mehrdimensionalen Fiskalregeln auf subsektoraler oder regionaler Ebene im Sinne des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 (nationale Fiskalregeln) reichen die gegenwärtigen Informationen zu den Ländern- und Gemeinden nicht aus. Dazu müssten zumindest quantitative Informationen über einnahmen- und ausgabenseitige Maßnahmen sowie ESVG-konforme Daten über die Ausgabenentwicklungen der einzelnen Länder und der Gemeinden pro Bundesland zur Verfügung stehen.

Gesetzesauftrag des Fiskalrates seit November 2013

Der Staatsschuldenausschuss wurde Anfang November 2013 im Rahmen einer Gesetzesnovelle „Über die Errichtung des Fiskalrates“ (Fiskalratgesetz, BGBl 149/2013) mit der Überwachung der EU-Fiskalregeln in Österreich betraut und als „Fiskalrat Österreichs“ etabliert. Hintergrund ist die seit November 2013 in allen Ländern des Euroraums bestehende Verpflichtung, unabhängige Gremien auf nationaler Ebene zur Intensivierung der Haushaltüberwachung einzurichten (Verordnung (EU) Nr. 473/2013). Dies soll gewährleisten, dass die EU-Fiskalregeln in den einzelnen Mitgliedsländern stärker als bisher beachtet und befolgt werden. Alle bisher vom Staatsschuldenausschuss erfüllten Aufgaben (wie z. B. budgetpolitische Empfehlungen, fiskalpolitische Analysen und Studien oder die Mitwirkung an der öffentlichen Meinungsbildung) gingen ebenfalls auf den Fiskalrat über.

